

Gegenentwurf der Linken im Rat zu Langemeyer's Wirtschaftsförderung

„Dortmund zur Modellstadt für Solidarische Selbsthilfe machen“

Um 1996, wenige Jahre nach dem größten Globalisierungsschub aller Zeiten, erkannten Dortmunder Stadtplaner, Sozialwissenschaftler, Gewerkschafter und Funktionäre von Wohlfahrtsverbänden schon die Folgen der Globalisierung, einer „bewußt herbeigeführten Grundlagenveränderung der Industriegesellschaft“ (W.Zühlke, ILS) für Dortmund:

- Die Stadt verliert ihre Integrationsfunktion und wird auf ihre Funktion als Wirtschaftsstandort reduziert.
- Die Standortkonkurrenz führt zur Entsolidarisierung nicht nur zwischen Kommunen und Staaten, sondern auch innerhalb der Kommune.
- Die Privatisierung öffentlicher Einrichtungen und Dienstleistungen höhlt die kommunale Selbstverwaltung aus.
- Der „drop-down“-Effekt der Wohlstandsgesellschaften, das Durchsickern von Wohlstand von oben nach unten ist außer Kraft gesetzt. Parallel zur Reichtumsmehrung nehmen Armut und Ausgrenzung ganzer sozialer Gruppen und Schichten zu.
- Der Gegensatz zwischen Gewinnern und Verlierern der Globalisierung verschärft sich und wird auch räumlich sichtbar: Soziale Problemlagen konzentrieren sich auf bestimmte Stadtteile.

Auf Grundlage dieser Analyse diskutierten 1996 der DGB, Kirchen, Wohlfahrtsfunktionäre, die Sozialforschungsstelle in Eving, das Institut für Landes- und Stadtentwicklungsforschung (ILS), Raumplaner der Uni Dortmund Wege zur solidarischen Stadt, forderten „eine präventive Strategie in der Stadtentwicklungspolitik, in der nicht ökonomische und soziale Strategien oder kulturelle Strategien nebeneinander verfolgt, sondern miteinander kombiniert werden,“ forderten vor allem eine kommunale Arbeitspolitik auf allen drei Ebenen: Breitenförderung am 1. Arbeitsmarkt, Ausbau des öffentlichen Dienstes und öffentliche Beschäftigungsförderung. (Quelle: Konferenzbericht „Wege zur solidarischen Stadt“, sfs Dortmund 1996)

OB Langemeyer, als er 1999 ins Amt kam, und die IHK entschieden sich für den genau entgegengesetzten Weg, den McKinsey-Weg, das „dortmund-project“, die Unterordnung der ganzen Stadtentwicklung unter den Primat weniger „Führungsbranchen“ und „Leuchttürme“ der Globalisierung, die Dumpingkonkurrenz auf dem Weltmarkt der Standorte.

Die Ergebnisse sprechen deutlich gegen diesen Weg: Die sozialen Gegensätze und daraus resultierende Probleme in den Stadtteilen haben sich in zehn Jahren Langemeyer verschärft. Wer erinnert sich noch an Dr. Langemeyers famoses "dortmund-project" aus dem Jahr 2.000 ? - (Vielmehr stammte es von der Unternehmensberatung McKinsey.) - Eigentlich sollte es bis 2.010 laufen und in diesen zehn Jahren 70.000 neue Arbeitsplätze schaffen, Dortmunds Einwohnerzahl um 30.000, die Wirtschaftskraft um die Hälfte steigern usw... Doch schon zur Halbzeit mußten Dr.L. und seine Wirtschaftsförderer die Hosen herunter lassen. Keine seiner Zielgrößen erreichte das dortmund-project auch nur annähernd. Die Einwohnerzahl sinkt und sinkt, ebenso die sozialversicherte Beschäftigung, neue Arbeitsplätze entstanden vor allem als Minijobs, zu Niedriglöhnen, auf Zeit, in Leiharbeit oder Scheinselbständigkeit. Mit der Folge, dass Dortmund zur heimlichen Hauptstadt der "Aufstocker" wurde, die trotz Arbeit zu wenig zum Leben haben und ergänzendes ALG 2 beziehen müssen. Mit der Folge, dass die verfügbaren Einkommen in Dortmund immer weiter hinter dem Landesschnitt zurückbleiben usw.

...

Langemeyer's strategische „Weiterentwicklung“: Noch zehn verlorene Jahre für Dortmund?

Nach bald zehn Jahren erkennen Dr.L. und die IHK, dass die soziale Spaltung der Stadt nicht einfach als Kollateralschaden der Globalisierung in Kauf genommen werden kann, weil sie nämlich auch die sogenannten „weichen Standortfaktoren“ untergräbt. Weil nämlich unproduktives „Humankapital“ die Leistungsfähigkeit eines Wirtschaftsstandorts im Wettbewerb mindert und weil in Deutschland auch hochqualifizierte Leistungsträger es vorziehen, in einer heilen urbanen Welt zu leben statt in abgeäugten Wohlstandsinseln zwischen No-go-areas. Deshalb präsentiert Dr.L. jetzt, pünktlich zur Ankündigung seiner erneuten Kandidatur zum Oberbürgermeister, einen „Aktionsplan Soziale Stadt“ sozusagen als Rückseite der Wirtschaftsförderung.

Und diese will er zugleich strategisch „weiterentwickeln“. Wieder für zehn Jahre - bis 2.018 ist er bestimmt nicht mehr in der Verantwortung für die Folgen! Jetzt nicht mehr nur für drei von ihm so genannte "Zukunftsbranchen", sondern wesentlich breiter, so wie wir Linken es von Anfang an gefordert hatten. Aber am ungerechten Grundmuster der Eliteförderung hält er fest:

- Hinein in den weltweiten "Standortwettbewerb",
- dazu soll Dortmund seine "Stärken stärken",
- also volle Konzentration auf Unternehmer, Selbständige und Hochqualifizierte,
- die breite Masse, ohne die die Wirtschaft nicht läuft, kommt in dieser Wirtschaftsförderung kaum vor, die Opfer des "Strukturwandels" schon gar nicht.

Und wieder verspricht Dr.L. das Blaue vom Himmel. Seine Zielzahlen sind nur nicht ganz so abenteuerlich wie die von McKinsey, aber Fantazahlen bleiben es, sie stellen die Dortmunder Wirklichkeit auf den Kopf:

- Die sozialversicherten Arbeitsplätze haben vom Start des dortmund-projects bis 2.007 ununterbrochen abgenommen (von 197.000 auf 182.000 Beschäftigte), und zwar trotz dortmund-project! - Bis 2.018 verspricht Langemeyer ungerührt wieder einen Zuwachs auf 200.000. Woher? Das bleibt sein Geheimnis.

- Die Arbeitslosenquote, die das dortmund-project unter 8 % drücken sollte, liegt heute mit 14 % exakt auf gleicher Höhe wie beim Start im Jahr 2.000. Inzwischen rutschte Dortmund damit auf den zweitschlechtesten Platz in ganz NRW. - Dr.L. verspricht unbeirrt, sie bis 2.018 unter 10 % zu senken. Wie? Das bleibt sein Geheimnis.

- Die Einwohnerzahl schrumpft seit Jahrzehnten (seit 1970 von 643.000 auf 587.000), im krassen Widerspruch zu Langemeyers Versprechungen schrumpfte sie auch während des dortmund-project's weiter (von 591.000 auf 587.000). Wie die meisten Großstädte bundesweit wird Dortmund weiter schrumpfen, nach der sehr vorsichtigen Prognose des Landesamtes für Statistik bis 2.020 auf 583.000. - OB Langemeyer meint unverdrossen, bei 587.000 bliebe es jetzt. Warum? Sein Geheimnis.

- Die Wirtschaftsleistung, die mit Hilfe des dortmund-project's von 45.000 auf 70.000 DM zulegen sollte (Bruttowertschöpfung je Erwerbstätigen), schaffte von 2.000 bis 2.006 gerade mal einen Zuwachs von 47.550 auf 52.800 €. - Dr.L. will unbelehrbar in den nächsten zehn Jahren das BIP (Brutto-Inlandsprodukt) je Erwerbstätigen von 58.500 auf 80.000 € steigern. Wie? Sein Geheimnis.

- Nur zwei seiner Zielzahlen können die Wirtschaftsförderer direkt maßgeblich beeinflussen, und genau diese kennzeichnen seine unternehmerfreundliche und elitäre Politik am meisten:

...

Die Quote der Selbständigen an allen Erwerbstätigen will er weiter hochtreiben (von 9,8 auf 15 %), den Anteil der Hochqualifizierten ebenso (von 10,5 auf 15 %).

Wer soviel verspricht, obwohl er bisher so wenig halten konnte, spekuliert entweder auf die Gutgläubigkeit oder auf die Vergesslichkeit seines Publikums.

Für seine neuen alten Luftschlösser will Dr.L. weiterhin jährlich 13 Millionen € rausschmeißen. Was könnten wir mit 13 Mio € im Jahr alles sinnvoll anfangen!

Unser Gegenvorschlag

Damit knüpfen wir wieder an und bauen auf die Erkenntnisse vor den zehn verlorenen Jahren.

Als ersten Schritt legte die Fraktion Die Linken im Rat folgenden Antrag vor:

„Der Rat beauftragt die Verwaltung, im Rahmen des Aktionsplans Soziale Stadt zeitnah ein Konzept zum grundlegenden Umbau der Wirtschaftsförderung Dortmund (WF-DO) in eine „Beschäftigungsförderung für solidarische Selbsthilfe“ auszuarbeiten und dem Rat zur Beschlußfassung vorzulegen.

In das Konzept sind die Fördermittel der Agentur für Arbeit und der ARGE, die Träger der freien Wohlfahrtspflege sowie örtliche Beschäftigungs- und Bildungsträger soweit möglich einzubeziehen.

Begründung:

Der wirksamste Weg aus Armut und Ausgrenzung ist, den Menschen Wege in sinnvolle Tätigkeiten ohne Zwang zu öffnen, von denen sie menschenwürdig leben können. Solche Art Vollbeschäftigung ist vom globalisierten 1. Arbeitsmarkt nicht mehr zu erwarten. Die Wirtschaftsförderung Dortmund hat dies nicht erreicht und wird dies auch in ihrer „Weiterentwicklung“ nicht erreichen. Die Hartz-Gesetze sind dafür erst recht nicht geeignet. Der Ausweg liegt – neben dem Ausbau des öffentlichen Dienstes selbst – in einem Sektor solidarischer Selbsthilfe-Ökonomie. Während am gewinnorientierten Markt öffentliche Subventionen die Unternehmergewinne steigern, ohne Marktschwankungen und Rationalisierungsdruck außer Kraft zu setzen, d.h. ohne dauerhaft Arbeitsplätze zu sichern, können gemeinnützige Tätigkeiten der solidarischen Selbsthilfe mit öffentlichen Mitteln nachhaltig gesichert werden. Gerade die Stadt kann die Menschen durch vielerlei Förderung ermutigen, unterstützen und qualifizieren, sich selbst gesellschaftlich nützlich zu betätigen. Arbeit gibt es genug in Dortmund. In sozialen Diensten, Gesundheit und Pflege, Breitenkultur, Umweltschutz usw. fehlt es an allen Ecken und Enden. Vieles für unser Zusammenleben dringend Notwendige kann heute gar nicht oder ungenügend oder nur ehrenamtlich, d.h. unentgeltlich geleistet werden, obwohl der gesellschaftliche Nutzen entsprechenden Lohn rechtfertigt.

Auf diese öffentliche Beschäftigungsförderung – neben dem Ausbau des öffentlichen Dienstes selbst – sollte die Stadt alle Energie ihrer Wirtschafts- und Beschäftigungspolitik konzentrieren. Die Wirtschaftsförderung Dortmund (WF-DO) ist entsprechend neu auszurichten und von Grund auf umzubauen.“

Wolf Stammnitz
im April 2008